



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 30.11.2015
C(2015) 8418 final

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 30.11.2015

**über das Jahresaktionsprogramm 2015 für die Republik Côte d'Ivoire zulasten des
11. Europäischen Entwicklungsfonds**

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 30.11.2015

über das Jahresaktionsprogramm 2015 für die Republik Côte d'Ivoire zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/322 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds¹, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/323 des Rates vom 2. März 2015 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds², insbesondere auf Artikel 26,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat das Nationale Richtprogramm für die Republik Côte d'Ivoire³ für den Zeitraum 2014-2020⁴ angenommen, in dem unter Punkt 1.2 folgende Prioritäten festgelegt sind: Stärkung des Staats und Konsolidierung des Friedens, Entwicklung der Landwirtschaft und Entwicklung des Energiesektors.
- (2) Das Jahresaktionsprogramm zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) im Rahmen des Internen Abkommens⁵ zielt darauf ab, die ivoirische Regierung bei ihren Bemühungen um die Gewährleistung der wirtschaftlichen Entwicklung und der langfristigen Stabilität des Landes zu unterstützen.
- (3) Die Maßnahme „Programm zur Unterstützung der Reform des Bodenrechts (PAFR)“ dient der Stärkung des Friedens und des sozialen Zusammenhalts in Côte d'Ivoire durch Unterstützung der nationalen Bodenpolitik und wird über Budgethilfe im Wege der direkten Mittelverwaltung durch Côte d'Ivoire umgesetzt.
- (4) Die Maßnahme „Programm zur Unterstützung des Energiesektors (ENERGOS)“ soll zum Wiederaufbau des Elektrizitätssektors in Côte d'Ivoire und zur nachhaltigen Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit im Land beitragen, um der Bevölkerung hochwertige Energie zu geringeren Kosten liefern zu können. Diese Maßnahme wird im Wege der indirekten Mittelverwaltung mit Côte d'Ivoire und im Wege der indirekten Mittelverwaltung mit einem Mitgliedstaat durch die Agence Française de Développement (AFD) durchgeführt.

¹ ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 1.

² ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 17.

³ Beschluss C(2014) 3586.

⁴ Beschluss C(2014) 3586.

⁵ Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet (ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1).

- (5) Es muss ein Finanzierungsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission⁶ erlassen werden, der gemäß Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet.
- (6) Es muss ein Arbeitsprogramm für Zuschüsse gemäß den detaillierten Bestimmungen des Artikels 128 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 188 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 angenommen werden. Das Arbeitsprogramm ist in Anhang 1 beschrieben.
- (7) Die Kommission sollte der in diesem Beschluss genannten Einrichtung – vorbehaltlich des Abschlusses einer Übertragungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Der zuständige Anweisungsbefugte hat im Einklang mit Artikel 60 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 sicherzustellen, dass diese Einrichtung ein Niveau des Schutzes der finanziellen Interessen der Union gewährleistet, das dem für die Verwaltung von Unionsmitteln durch die Kommission erforderlichen Niveau entspricht. Diese Einrichtung erfüllt die Bedingungen des Artikels 60 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstaben a bis d der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und die erforderlichen Aufsichts- und Unterstützungsmaßnahmen wurden getroffen.
- (8) Die Kommission sollte dem in diesem Beschluss genannten Partnerland – vorbehaltlich des Abschlusses einer Finanzierungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Im Einklang mit Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012, der aufgrund von Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 17 der Verordnung (EU) 2015/323 anwendbar ist, muss der zuständige Anweisungsbefugte dafür sorgen, dass Maßnahmen getroffen werden, um die Durchführung der übertragenen Aufgaben zu überwachen und zu unterstützen. Diese Maßnahmen und die übertragenen Aufgaben sind in den Anhängen 1 und 2 dieses Beschlusses beschrieben.
- (9) Die Zahlung etwaiger Verzugszinsen muss auf der Grundlage des Artikels 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 gestattet werden, die aufgrund von Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung finden.
- (10) Im Einklang mit Artikel 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 muss die Kommission definieren, welche Änderungen zu diesem Beschluss nicht substantiell sind, damit derartige Änderungen vom zuständigen Anweisungsbefugten vorgenommen werden können.
- (11) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des mit Artikel 8 des Internen Abkommens eingesetzten Ausschusses für den Europäischen Entwicklungsfonds –

BESCHLIESST:

Artikel 1

Annahme der Maßnahme

⁶ Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

Der Beschluss über das im Anhang beschriebene Jahresaktionsprogramm 2015 für die Republik Côte d'Ivoire zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds wird genehmigt.

Das Programm umfasst folgende Maßnahmen:

- Anhang 1: Programm zur Unterstützung der Reform des Bodenrechts (PAFR)
- Anhang 2: Programm zur Unterstützung des Energiesektors (ENERGOS)

Artikel 2

Finanzbeitrag

Der Beitrag der Europäischen Union zur Durchführung des in Artikel 1 genannten Programms beläuft sich auf höchstens 111 735 000 EUR zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds.

Die in Absatz 1 genannten Mittel können auch Verzugszinsen decken.

Artikel 3

Durchführungsmodalitäten

Haushaltsvollzungsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung können vorbehaltlich des Abschlusses der entsprechenden Vereinbarungen den in den Anhängen 1 und 2 genannten Einrichtungen übertragen werden.

In den Anhängen 1 und 2 sind die Elemente aufgeführt, die nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erforderlich sind, der gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet.

Artikel 4

Nicht substanzielle Änderungen

Mittelerhöhungen oder Mittelsenkungen von bis zu 10 Mio. EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder kumulierte Änderungen der Mittelzuweisungen für die einzelnen Maßnahmen, die insgesamt 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten im Sinne des Artikels 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 als nicht substanziell, wenn sie die Art und die Ziele der Maßnahmen nicht wesentlich beeinflussen. Die in diesem Artikel festgelegte Obergrenze gilt auch für die Inanspruchnahme von Rückstellungen für unvorhergesehene Ausgaben. Der zuständige Anweisungsbefugte kann solche nicht substanziellen Änderungen im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit beschließen.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann solche nicht substanziellen Änderungen im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit beschließen.

Geschehen zu Brüssel am 30.11.2015

*Für die Kommission
Neven MIMICA
Mitglied der Kommission*